Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

10.09.1990 - Drucksache 12/960

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/960
10.09.90

Antrag der Fraktion der SPD

Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Spanien hat sich 1975 nach mehrfacher Aufforderung durch die Vereinten Nationen vom Territorium seiner Kolonie Westsahara zurückgezogen. Seit dieser Zeit lebt das sahrauische Volk in Unterdrückung und Fremdbestimmung durch Marokko.

Menschensrechtsverletzungen in erschreckendem Ausmaß werden von Amnesty International seit vielen Jahren aufgezeigt. 170 000 Sahrauis mußten zudem aus ihrer Heimat ins benachbarte Algerien fliehen, wo sie unter schwierigsten Bedingungen inmitten der Wüste leben. Seit dieser Zeit führt Marokko einen völkerrechtswidrigen Krieg um die besetzten Gebiete zu Lasten des sahrauischen Volkes ebenso wie des eigenen. Die Westsahara ist damit das letzte afrikanische Land, das auf der Liste der Dekolonisierungskommission der Vereinten Nationen steht.

Die UNO und die OAU bemühen sich um eine friedliche Beilegung des Konfliktes und entwickelten einen Friedensplan, dessen Hauptbestandteil ein faires Referendum auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist.

Auf der Grundlage der einstimmig — auch von Marokko — angenommenen Westsahara-Resolution der UN-Vollversammlung vom Anfang dieses Jahres sowie der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom Juni dieses Jahres bemüht sich UN-Generalsekretär Perez des Cuellar um eine rasche Umsetzung des Friedensplanes und die Durchführung des vereinbarten Referendums.

Auch das Europäische Parlament hat das Recht des sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkannt.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß Bremen seit vielen Jahren seine Solidarität mit dem sahrauischen Volk durch eine Vielzahl geförderter Projekte in den Flüchtlingslagern dokumentiert und damit sein Eintreten für die politischen und materiellen Überlebensrechte zum Ausdruck gebracht hat. Dies ist mehrfach durch Reisen bremischer Politiker in die Flüchtlingslager der Sahrauis unterstrichen worden.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, diese Politik konsequent fortzusetzen, und fordert den Senat auf, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin auf allen Ebenen politisch für die umgehende Durchsetzung des UN-Friedensplanes einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt in diesem Zusammenhang dafür ein, daß die bisher seitens der Bundesregierung an Marokko geleistete sogenannte Ausstattungshilfe für 1991 nicht fortgeschrieben oder so lange ausgesetzt wird, bis Marokko seinen Verpflichtungen gegenüber den UN-Empfehlungen nachkommt.

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt ihre Hoffnungen auf eine zügige Durchführung des Referendums, dessen Ergebnis dem UN-Sicherheitsrat noch im September vorgelegt werden soll. Erst für den Fall, daß der im Juni noch einmal präzisierte Friedensplan der UN an der Haltung Marokkos scheitert, hält die Bürgerschaft (Landtag) es für notwendig, daß die europäischen Länder und mit ihnen die Bundesrepublik auch wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Marokko in Erwägung ziehen.

Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen